

# Neujahrsempfang 2021 Transkript

24. AStA der Universität Potsdam

Januar 2021

## 1 Transkript der Rede

**Redner: Angelo Camufingo,  
Referat für Bildungspolitik und Lehre**

Liebe Anwesende,

als allgemeiner Studierendenausschuss der Uni Potsdam begrüßen wir Sie zum diesjährigen Neujahrsempfang und wünschen Ihnen ein frohes neues Jahr. Auch wir möchten die Gelegenheit nutzen, um Rückschau zu halten und über Herausforderungen und Aufgaben zu informieren, die unsere Hochschule im neuen Jahr erwarten.

Der Unialltag 2019 wurde erheblich durch Corona beeinflusst und wir alle haben ein Jahr zahlreicher Herausforderungen hinter uns. Wir möchten uns deshalb bei all den Personen bedanken, die sich unter den Umständen für eine möglichst flächendeckende digitale Lehre eingesetzt haben. So sehen wir beispielsweise die digitalen Weiterbildungsangebote, Einführungsveranstaltungen und Informationsplattformen des Teams Studium und Lehre zur Unterstützung der digitalen Lehre und des digitalen Lernens. Dennoch hoffen wir, dass diese Umstellung einen bewussteren Umgang mit unterschiedlichen Voraussetzungen Studierender nach sich zieht und wir gemeinsam an der Verbesserung der Umstände arbeiten.

Wir schätzen, dass auf Nachdruck hin Studierenden Räume zur Verfügung gestellt wurden, um an digitalen Lehrformaten teilnehmen zu können, und begrüßen die Zuverlässigkeit des ZIM. Außerdem freuen wir uns, dass im Laufe dieses Semesters telefonische Sprechzeiten für die Beratung von Studierenden eingeführt wurden und hoffen, dass diese auch in der vorlesungsfreien Zeit beibehalten bleiben. Gerade zwischen den Semestern sind persönliche Ansprechpartner:innen in der Studierendenverwaltung besonders wichtig. Wir sehen die Herausforderungen der Verwaltung, dennoch wünschen wir uns deutlich mehr Empathie gegenüber der Studierendenschaft und einen transparenteren Umgang mit Engpässen und Schwierigkeiten.

Empathie wünschen wir uns auch beim Thema Wohnen. Jedes Jahr werden wir mehr Studierende. Doch damit einher gehen weniger Wohnheimplätze! Dass in solch einer Wohnraumkrise ein Wohnheim eingerissen wird, scheint paradox. Ein Ersatz in Planung leistet dabei keine Abhilfe. Hinzu kommt die systematische Benachteiligung internationaler Studierender. Während für Erasmus-Studierende Wohnheimplätze reserviert werden, ist das für andere internationale Studis ein Glücksspiel. So mussten Studierende in Obdachlosenheimen unterkommen, da ihnen leere Wohnheimplätze verweigert wurden und sie keinen anderen Wohnplatz fanden!

Das Thema Bau und Architektur bleibt ein Beständiges. Mehr Studis, aber zu wenig Wohnheim- und Mensaplätze. Mehr Uni-Werbung, aber zu geringes Setzen auf Studi-Zufriedenheit. So werden Chancen wie den ehemaligen Buchladen in einen längst überfälligen studentischen Freiraum umzugestalten vertan, um einen Shop zu erhalten und über Kommerz, statt Studi-Life zu werben. Und während an der einen Stelle die Idee der Uniausweitung mit fehlenden Frei- und Arbeitsräumen kollidiert, beobachten wir auf Ebene der Lehre den Befristungsfanatismus.

*(Anfang Video Aufnahme)*

**Asya Mzee,  
Referat für Hochschulpolitik**

Gespräche welche aktuell im Gange sind bezüglich der Hochschulgesetzesnovelle sollen natürlich in einem Konzept resultieren, welches möglichst die Interessen aller Statusgruppen mit einbezieht, und somit appellieren wir an alle Studierende mit ihren Interessen und Vorschlägen an uns heranzutreten, damit wir diese dementsprechend weiterleiten können.

Die geplante Erhöhung von Lehrdepotaten aus 18 SWS wird zur Folge haben, dass eine Effizienz in der Lehre sinkt, dadurch das vermehrt Ausfälle und auch Burn-Outs auftreten werden und auch die Studierendengemeinschaft würde die negativen Auswirkungen deutlich zu spüren bekommen.

Die Arbeit des StuPas und des AStAs besteht darin die Interessen der Studierendengemeinschaft zu vertreten und auszuführen. Deswegen wollen wir in diesem Jahr unsere Transparenz in unserer Arbeit und auch unsere Präsenz in der Studierendengemeinschaft erhöhen.

**Johanna Lagemann,  
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Universität hat in den letzten 30 Jahren für ihren Ausbau mehr als 300 Bäume gefällt. Wir wünschen uns, dass bei den verschiedenen Bauunternehmungen der Universität Nachhaltigkeit und ökologische Vielfalt nicht für architektonis-

che Ideale oder für finanzielle Effektivität vernachlässigt wird. Die Universitätsgelände sind zu einem erschreckend hohen Anteil in Beton gedeckt. Am Griebnitzsee sind es bis zu 80%. Solche Baupraktiken sind langfristig schädlich für die Böden, das Grundwasser und die Flora und Fauna an den Universitätsstandorten.

An der Universität besteht immernoch akuter Mangel an Wohnheimen und Mensaplätzen und trotzdem wird immer weiter expandiert. Das möchten wir kritisieren.

**Clara Margull,  
Vorstandsmitglied des AStAs und  
Referat für Bildungspolitik und Lehre**

Immer häufiger werden wir von unterschiedlichen Instanzen der Universität zur Mitwirkung an Konzepten und Projekten angesprochen und das Interesse wächst, unsere Perspektive stärker einzubeziehen. Beispiele sind das Mobilitätskonzept, die AG zur Maßnahmenplanung Studentischer Gesundheit und die Entwicklung eines Inklusionskonzepts. Gerade in Bezug auf Inklusion ist intersektionales Denken wichtig.

Die Uni muss anerkennen, dass Menschen Mehrfachdiskriminierung erfahren und bei zukünftigen Strategie- und Maßnahmenentwicklungen die Verschränkung von Diskriminierungsdimensionen berücksichtigen. Dazu zählt aktuell auch, alternative Prüfungskonzepte zu den oft angestrebten Präsenzklausuren während Corona zu entwickeln und Wege zu finden, die allen Studierenden - mit unterschiedlichsten gesundheitlichen und persönlichen Voraussetzungen - ein sicheres und verantwortungsbewusstes Ablegen der Prüfungen ermöglichen.

*(Ende Video Aufnahme)*

**Angelo Camufingo,  
Referat für Bildungspolitik und Lehre**

Das brandenburgische Hochschulgesetz gibt in §3, Absatz 4 vor, eine diskriminierungsfreie und gleichberechtigte Teilhabe am Studium zu gewährleisten. Das schließt auch Lehrende und Verwaltung mit ein.

Was bedeutet das für Sie?

Auf der einen Seite begrüßen wir die Offenheit verschiedener Gremien, Themen in diesem Zusammenhang Raum zu geben. Auf der anderen Seite sind es aber häufig genau diese Themen, die immer wieder zu ausgiebigeren Diskussionen führen oder im Endeffekt doch kleingeredet werden.

So darf die Thematik einer all-gender Toilette nicht damit heruntergespielt werden, dass es vermeintlich nicht viele Menschen gibt, die diese nutzen würden; die Bedeutung eines diverseren und repräsentativeren Kollegiums auf allen Ebenen

nicht als lästige Pflicht für eine Quote wahrgenommen werden; der Wunsch nach einem Raum der Stille nicht einfach totgeschwiegen werden; die Rassismuserfahrungen von Studierenden durch Lehrende nicht als subjektive Wahrnehmung diskreditiert werden; und die Sturheit der Verwaltung im Umgang mit Geschlecht und Namen und der damit verbundenen Re-traumatisierung von trans Personen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Sich über mehr ausländische Studierende zu freuen, bessere Werte in einer Quote von Menschen mit Schwerbehinderung zu listen und einen höheren Frauenanteil als im Vorjahr zu haben sind positive Schritte. Doch gilt es diesen und vielen anderen Menschen, die strukturell benachteiligt und diskriminiert werden, auch ein dementsprechend menschenwürdiges und durchdachtes Umfeld zu ermöglichen. Das heißt unter anderem, Teilhabe zu gewährleisten, die über Arbeitsvertrag oder Immatrikulation hinausgehen.

Eine Verantwortung, der wir alle, auch die Studierendenschaft nachkommen müssen. Eine Verantwortung die in einer Überarbeitung des brandenburgischen Hochschulgesetzes noch mehr Raum und Stimme finden muss und eine Verantwortung, der die Uni hoffentlich durch Nina Khan und das Diversity Audit „Vielfalt gestalten“ besser nachkommen kann.

Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus, Klassismus und viele weitere sind strukturell. Sie haben eine Geschichte, die sich nicht in zwei, drei Maßnahmen zunichtemachen lässt, sondern die von uns konsequente Reflexion, intersektionales Denken und lebenslanges Lernen erfordert; eine Geschichte, die auch durch westliche Universitäten geprägt wurde und noch immer wird; auch durch den Umgang mit Politik.

Wie in der Nature, 2020 beschrieben: Wissenschaft und Politik sind seit jeher voneinander abhängig. Die Entscheidungen und Handlungen von Politiker\*innen beeinflussen die Forschung. Gleichzeitig informieren und formen Wissenschaft und Forschung eine Reihe von öffentlichen Maßnahmen. Politiker\*innen beeinflussen das Hochschulumfeld und können dafür sorgen, dass die akademische Freiheit gewahrt bleibt, und Institutionen auffordern, sich stärker für Gleichberechtigung, Vielfalt und Inklusion einzusetzen und den Stimmen aus bisher marginalisierten Gemeinschaften mehr Raum zu geben. Politiker haben aber über kurz oder lang auch die Macht das Gegenteil bewirken.

Das Gebot politischer Neutralität bedeutet nicht, dass Hochschulen politikfrei sein müssen, geschweige denn können. Es darf auch nicht bedeuten, dass wir Menschen mit Diskriminierungserfahrungen dadurch ihre Lebensrealitäten aberkennen, wir an einer grundlegend diskriminierenden Normgesellschaft festhalten und westliche Unis weiterhin epistemische Gewalt ausüben.

Mit Rückblick auf das letzte Jahr, die AfD-Problematik und den letzten Neu-

jahresempfang, möchten wir daher wiederholen:

Der Glaube, im Angesicht von Unterdrückung und rassistischer, misogynen, xenophober und weiterer menschenfeindlicher Ideologien neutral sein zu können und sich in einer vermeintlich unproblematischen Mitte positionieren zu wollen, ist gefährlich naiv, egal ob hochschul-, landes- oder bundespolitisch.

Auch Schweigen ist Gewalt und so wünschen wir uns von einer Uni die auf Gewaltfreiheit setzt, dass auch sie ihr Schweigen bricht.